



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Franz Schindler, Helga Schmitt-Bussinger, Florian Ritter, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl SPD**

Drs. 17/22979, 17/23730

Presseberichte über Verbindungen des NSU im Raum Nürnberg

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu berichten, ob und welche Erkenntnisse den bayerischen Sicherheitsbehörden über Tatsachenbehauptungen in Presseberichten (Nürnberger Nachrichten vom 26.06.2018, S. 3, Nürnberger Nachrichten vom 23.05.2018, S. 14, Nürnberger Nachrichten vom 20.04.2018, S. 1 und 3) über die Verbindungen des NSU zu Rechtsextremisten im Raum Nürnberg, insbesondere über

- die Anwesenheit von Uwe B., Uwe M. und Beate Z. bei Treffen von und mit Rechtsextremisten ab 1995 und nach dem Untertauchen der genannten Personen im Raum Nürnberg,
- die Rolle eines V-Mannes (Kai D.) des Landesamts für Verfassungsschutz im Umfeld des sog. NSU-Trios,
- Pläne von Rechtsextremisten über einen Sprengstoffanschlag auf den Justizpalast in Nürnberg,
- die Rolle von Susann E. im Zusammenhang mit einem Sprengstoffanschlag auf die Pilsbar „Sonnenschein“ in Nürnberg im Juni 1999 und
- strafrechtliche Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts gegen mögliche Unterstützer des sog. NSU-Trios im Raum Nürnberg vorliegen?

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin